

Zwei mal zwei gleich sechzehn Widerstand blieb immer die Sache der Minderheit: Der Niedergang des sowjetischen Geheimdienstes in Polen

Von Polen aus wurde der Kommunismus zurückgerollt, es war immer die renitenteste Sowjet-Kolonie. Wirklich? Zehn Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks zeichnet der polnische Historiker Wlodzimierz Borodziej ein differenzierteres Bild. Vor dem internationalen Colloquium der Universität Freiburg über die "Massenverbrechen im Kommunismus" bilanzierte er den Ertrag eines Jahrzehnts polnischer zeitgeschichtlicher Forschung. Zwar haben sich Geschichtsbewusstsein und Geschichtsforschung auf die spektakulären Gewaltausbrüche in den 45 Jahren Volkspolens konzentriert - von der Niederkämpfung des Untergrunds 1944 bis 1947 über den Massenterror von 1948 bis 1956 bis zu den regelrechten Aufständen von 1956, 1970 und 1980. Aber das bedeutet keineswegs, dass die Gesellschaft stets "in heldenhaftem Widerstand gegen die oktroyierte Obrigkeit" gestanden hätte. Widerstand blieb die Sache einer Minderheit; und die Geschichte der Sicherheitsorgane im kommunistischen Polen, jetzt endlich in Freiheit und auf Grund von Originalquellen rekonstruierbar, spiegelte in ihren späten Phasen sogar einen "stillschweigenden Gesellschaftsvertrag" zwischen Volk und Obrigkeit wider.

Borodziej, Prorektor an der Universität Warschau, verkörpert selbst polnischen Geschichtswandel und Generationenwechsel. Als Diplomatensohn in Österreich aufgewachsen, genoss er auch in den Jahren der Abschottung einen Zugang zu westlichen Freiheiten. Das prägte. Colloquium-Gastgeber Ulrich Herbert konnte sich die Bemerkung nicht verkneifen, selbst die Scheußlichkeiten des polnischen Totalitarismus gewöhnen im Wiener Akzent des Referenten einen gewissen Charme. Mit der Wende war er ideal platziert für den Sprung vom Erleben zum Erforschen der jüngsten Zeitgeschichte. Und seine Arbeit nutzte und verstärkte eine geistige Druckwelle, die von einem Urknall deutscher Vergangenheitspolitik ausgegangen war: der Öffnung der Stasi-Archive. Borodziejs zweibändige Aktensammlung "Polen in den Augen der Stasi" (mit Jerzy Kochanowski, Warschau 1996), in den Kellern der Gauck-Behörde entstanden, demonstrierte die Vergeblichkeit der restriktiven polnischen Archivpolitik. Sie trug dazu bei, dass sich auch Polen ein ähnliches Aktenzentrum geschaffen hat.

Die Geschichte der polnischen Sicherheitsdienste teilt Borodziej in drei Perioden: Von 1944 bis 1947 - die Eroberung des Staates; 1948 bis 1956 - der stalinistische Massenterror als Mittel zur Mobilisierung; dann von 1956 bis zum Ende Volkspolens 1989 - der Sicherheitsapparat als Instrument der Stabilisierung. Gewalt wurde in der ersten Phase massiv, brutal, aber rational, mindestens zweckrational angewandt; in der zweiten verselbständigte sie sich zu einem Generalangriff auf die Gesellschaft. Dann, in der dritten Phase, wurde sie nur punktuell und zunehmend halbherzig eingesetzt. Die berühmten Aufstände waren nur Episoden; zwischen Volk und Regime herrschte ein Gleichgewicht des Schreckens. Dem entsprach die Entwicklung der Gewaltapparate,

organisatorisch wie soziologisch.

In der ersten Phase überrascht aus heutiger Forschersicht das Ausmaß der Direkteinwirkung von Stalins Geheimpolizei NKWD nach der Befreiung von der deutschen Besatzung: Ab Mitte Juli 1944 begann sie mit einer Kampfgruppe von 12 000 Mann, der späteren berüchtigten 64. NKWD-"Sammeldivision", den polnischen westlich orientierten Untergrund niederzukämpfen. Die NKWD-Berichte vermelden für zwei Jahre Tätigkeit eine Bilanz von fast 2400 getöteten und 51 000 verhafteten Gegnern - bei 310 Eigenverlusten. Stalin machte sich keine Illusionen über den Rückhalt seiner polnischen Kommunisten in der Bevölkerung. Ein Politbüro-Protokoll zitiert seine Warnung: "Ihr habt jetzt eine solche Kraft, dass, wenn ihr sagt, zwei mal zwei macht 16, eure Gegner euch dies bestätigen werden. Das wird aber nicht immer so bleiben, dann werden sie euch abschießen, abschießen wie die Rebhühner."

In der Tat: Die Berichte bezeugen zwei bisher unbekannte Wellen von Massendesertion Ende 1944 und Mitte 1945, spektakuläre militärische Erfolge des antikommunistischen Untergrunds und seine massive Unterwanderung der Sicherheitskräfte. Erst nachdem dieser Widerstand gebrochen war, wurden die NKWD-Kräfte abgezogen; aber Hunderte Sowjetoffiziere echter oder vermeintlicher polnischer Herkunft blieben in dem neuen polnischen Apparat. Dieser wurde in dem neuen Ministerium für Öffentliche Sicherheit zusammengefasst (polnisches Kürzel MBP). Seine Führungskader waren überproportional jüdischer Herkunft; Dokumente ergeben Zahlen von 19 bis 33 Prozent und 50 Prozent auf den Leitungsebenen. Das war ein besonders perfider Teil stalinscher Teile-und-Herrsche-Strategie: Die jüdischen Kommunisten, durch den polnischen Volksantisemitismus völlig isoliert, waren besonders gefügte Werkzeuge.

Das Ministerium verleibte sich zahlreiche andere Dienste und Ämter ein - von der Bürgermiliz bis zum Gefängniswesen, und wuchs zu einem Koloss von 300 000 Mitarbeitern. Auf dem Höhepunkt des Stalinismus kam ein Sicherheitspolizist auf 200 Einwohner, ein MBP-Mitarbeiter auf 80. Die Personal- und Disziplinarakten bezeugen aber die inneren Schwächen hinter der monolithischen Fassade: Die Führungskader beklagten ständig das niedrige Bildungs- und Intelligenzniveau, in den ersten zwei Jahren wurden 25 000 Mitarbeiter der Sicherheitspolizei ausgetauscht, bis 1949 waren es 90 000. Und die Entlassungsgründe haben sich gewandelt - von politischer Unzuverlässigkeit anfangs zu "normaleren" Verfehlungen - wie Unfähigkeit, Lügenmeldungen, Alkoholismus, Diebstahl und Korruption.

Für diese Phase unterstreicht Borodziej den hohen Anteil von Deutschen unter den Opfern: Am 1. Dezember 1945 meldete der Chef des Gefängniswesens, dass unter 62 000 Verhafteten nur 15 000 Polen seien; "Das widerspricht den feindlichen Behauptungen der Reaktion, wonach in den Gefängnissen nur Polen einsitzen." Diese Unterdrückung wurde gleichsam en passant kommentiert, auch der polnische Widerstand hat sie akzeptiert. Das Desinteresse von damals, so Borodziej, spiegelt sich im Desinteresse der polnischen Forschung heute wider. Doch "was mit den Deutschen erprobt wurde - Entrechtung, Enteignung, Zwangsaussiedlung, Zwangsarbeit -, wurde später auf die gesamte polnische Gesellschaft übertragen". Als erster Versuch kündigte er eine polnische Quellenedition

an, herausgegeben von ihm selbst mit Hans Lehmberg, deren erster Band im nächsten Jahr erscheinen soll.

Zur Groteske geriet das Gebaren der Sicherheitsorgane nach 1948: Obwohl die Opposition längst besiegt worden war, entwickelte die Repression eine Eigendynamik und schuf sich ihm eigene Feinde im Selbstlauf. In vier Jahren stieg die Zahl der politischen Häftlinge von 26 000 auf 50 000, die Zahl der geheimen Mitarbeiter verdoppelte sich von 53 000 (1948) auf 110 000 bis 130 000 (1954). In den Karteien des Sicherheitsdienstes wurden 5,2 Millionen Bürger erfasst - ein Drittel aller Erwachsenen. Verspätet kam die Unterdrückung gegen die katholische Kirche - sie wurde vorher noch als Verbündete gebraucht. Die Sicherheitspolizei überwachte auch die Partei selbst und entfachte dort Säuberungswellen. 20 Prozent der Verhafteten saßen wegen "Flüsterpropaganda", Tausende von Bauern wegen "Sabotage" - sie haben das Soll an Zwangslieferungen nicht erfüllt. Erst mit dem Sturz Berijas und der Entstalinisierung in der Sowjetunion setzte ein langsamer Verfall krimineller Energie ein: Die Parteifunktionäre wollten Sicherheit vor der Sicherheitspolizei und schafften die Parteiüberwachung ab; das MBP wurde aufgelöst, die Sicherheitspolizei verkleinert und als Abteilung im Innenministerium eingegliedert. Der Ministersessel war ein Schleudersitz: Acht Mal wechselte der Minister, sehr zum Verdruss des DDR-Dauerkollegen Mielke.

Die Gewaltausbrüche, die von da an die Geschichte Volkspolens markieren, zeugen vom abnehmenden Nutzen der staatlichen Gewaltmittel. Sogar in dem regelrechten Aufstand im Juni 1956 in Posen wagte es der Staat schließlich nicht, dem Großteil der Verhafteten den Prozess zu machen; sie wurden stillschweigend entlassen. Die Akten der politischen Justiz lassen erkennen, wie jeder Rechtskniff benutzt wurde, um möglichst viele Gefangene ohne Gesichtsverlust für das Regime entlassen zu können. Doch die andere Seite dieses "stillschweigenden Gesellschaftsvertrages", summiert Borodziej, war ein weitgehendes Arrangement der Bevölkerung mit dem Regime, nicht viel anders als in der DDR nach dem Mauerbau. In den nächsten 33 Jahren hielt er im Wesentlichen stand. Es war schließlich in diesem Rahmen, dass die Gewaltbereitschaft der Sicherheitsorgane immer mehr abnahm; und nur vorläufig konnten sie sich auf die sanfteren Methoden der Verführung und Verstrickung verlassen. 1977 prahlte der zuständige Geheimpolizei-Direktor, dass jeder vierte Priester als Agent angeworben sei. Gewaltausbrüche wie das Massaker in den Küstenstädten 1970, dem "nur" 45 Menschen zum Opfer gefallen waren, blieben Betriebsunfälle. In diesen "goldenen Zeiten" des kommunistischen Immobilismus stellten sich die Angehörigen der Sicherheitsorgane mit wachsendem Zynismus auf die unvermeidliche Wende ein.

DORON ARAZI

Alle Rechte vorbehalten. (c) F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main